

Wahlprüfsteine – das antworten die Parteien

(Stand 26.08.) CDU und FDP haben bislang nicht auf unsere Wahlprüfsteine reagiert, darum sehen Sie in dieser Aufstellung nur die Antworten der Parteien Bündnis90/die Grünen, SPD und Die Linke

1. Trotz des Staatsziels Tierschutz und einem umfangreichen Tierschutzrecht schützt unser Rechtsstaat die Tiere nicht zuverlässig. Sowohl bei Gesetzgebung und Kontrolle als auch in der Strafverfolgung gibt es eklatante Defizite. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diese Missstände abzustellen?

Grüne:

Tiere sind fühlende Lebewesen und brauchen Schutz, deshalb werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Tierhaltung verbessern und bestehende Lücken schließen. Zudem wollen wir GRÜNE wirkungsvolle Sanktionen bei Tierschutzvergehen im Tierschutz- und Strafrecht verankern und gemeinsam mit den Ländern und Kommunen auf einen effektiven Vollzug hinzuwirken. Wir werden ein umfassendes Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen. Die anerkannten Tierschutzorganisationen und ein*e unabhängige*r Bundestierschutzbeauftragte*r sollen Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte wahrnehmen und Rechtsverstöße beanstanden können. Der oder die Tierschutzbeauftragte soll zudem die zuständigen Bundesbehörden unterstützen sowie bei Gesetzesvorhaben und Tierschutzangelegenheiten beteiligt werden.

SPD:

Das Staatsziel des Tierschutzes werden wir stärker im Fachrecht verankern. Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung soll zukünftig alle Nutztierarten sowie alle Haltungsformen umfassen. Tierschutzbegriffe, wie z.B. Tierwohl, artgerecht oder freilaufend müssen rechtlich sicher definiert werden, um sie als Begriffe in der Gesetzgebung, aber auch in der Produktvermarktung eindeutig verwenden zu können. Die Kontrollbehörden der Landkreise und Kommunen sind oftmals nicht ausreichend finanziell und personell ausgestattet. Die SPD hat durch die finanzielle Entlastung der Kommunen an anderer Stelle für mehr Spielraum gesorgt. Zusätzlich muss die Arbeit der Veterinärbehörden durch Digitalisierung vereinfacht werden. Wir wollen eine umfassende Tiergesundheitsdatenbank schaffen, in der bereits vorhandene Dokumentationspflichten nach dem Lebensmittel-, Tierschutz-, Tierarzneimittel- und Tiergesundheitsrecht zusammengeführt werden. In dieser Datenbank sollen auch Überwachungsdaten und Befunde von Schlachthöfen und Tierkörperbeseitigungsanlagen sowie die Mortalitätsraten in den Tierbeständen erfasst werden. Auch die Ergebnisse der von uns geforderten Datenerfassung bei Tiertransporten sollen in diese Datenbank einfließen. Durch KI können diese Daten aufbereitet werden, damit die zuständigen Behörden gezielter bei ihren Untersuchungen vorgehen können. Für die Strafverfolgung bei Tierschutzverstößen brauchen wir mehr Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Außerdem sollte eine Überführung der Strafvorschrift des § 17 Tierschutzgesetz in das StGB und eine Erhöhung des Strafrahmens geprüft werden.

Linke:

DIE LINKE steht für:

- Eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Behörden zur Durchsetzung des Tierschutzrechtes.
- Die Einführung besserer Standards für die Tierhaltung: Vor allem für ein Verbot der Qualzucht und ein Verbot von Amputationen (z.B. Schnäbel, Hörner, Schwänze).
- Ein Verbot von Tiertransporten in EU-Drittländer und eine Begrenzung von Transporten auf eine maximale Dauer von vier Stunden innerhalb der EU-Staaten.
- Das unverzügliche Beenden des millionenfachen Schredderns von männlichen Küken.
- Haltungssysteme nach den Bedürfnissen der Tiere auszurichten und nicht wie bislang oftmals, Tiere an eine möglichst ökonomisch effiziente und nicht tiergerechte Haltungsform anzupassen.
- Die gesetzliche Verankerung und vollumfängliche Ausweitung der Verbandsklagerechte für anerkannte Tierschutzvereinigungen im Sinne der Aarhus-Konvention.

2. 2010 haben die EU-Staaten vereinbart, Tierversuche vollständig zu ersetzen, sobald dies wissenschaftlich möglich ist. Bisher gibt es keine Belege, dass Deutschland dies stringent verfolgt. Andere Länder haben dies bereits eingeleitet. Wird Ihre Partei einen Ausstiegsplan entwickeln und verfolgen?

Die Grünen und SPD hatten die Entwicklung eines Ausstiegsplans zum Zeitpunkt der Aussendung der Fragen im finalen Wahlprogramm, deshalb wurde diese Frage nicht gestellt.

Linke:

Tierversuche, die mit starken Schmerzen, starken Leiden oder starken Ängsten einhergehen, die voraussichtlich lange anhalten und nicht gelindert werden können, wollen wir – unter Einbezug von Artikel 55 Absatz 3 der EU-Tierversuchsrichtlinie – verbieten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, unter Einbindung von Forschungs-, Medizin- und Tierschutzorganisationen einen verbindlichen Zeitplan für den schnellstmöglichen und vollständigen Übergang zur tierversuchsfreien Forschung zu erarbeiten.

3. Zur Genehmigung eines Tierversuchs muss dieser ethisch vertretbar sein. Dies wird bisher nach subjektiven Einschätzungen der Antragsteller, Behördenvertreter und der Mitglieder der § 15 Kommissionen festgestellt. Wird Ihre Partei sich für standardisierte Prüfregeln einsetzen?

Grüne:

Entscheidungen über Tierversuche müssen einem nachvollziehbaren und transparenten Verwaltungshandeln entsprechen. Tierversuche müssen zudem einer prospektiven und retrospektiven Bewertung, unabhängig vom Schweregrad, unterliegen. Um die Durchführung doppelter Tierversuche künftig zu vermeiden, soll es außerdem eine leicht zugängliche Datenbank zur Speicherung aller rückblickenden Bewertungen geben.

SPD:

Die zuständigen Behörden sind bei der Prüfung von Tierversuchsvorhaben bereits heute an die in Abschnitt 5 Tierschutzgesetz festgesetzten Kriterien gebunden. Diese geben einen strengen Rahmen für das Genehmigungsverfahren vor. Entscheidend sind dabei mehrere Ebenen: Geprüft werden muss die wissenschaftliche Begründung und der Nachweis der Unerlässlichkeit, das Vorliegen der erforderlichen fachlichen Eignung und persönlichen Zuverlässigkeit sowie das Vorhandensein der baulichen und personellen Voraussetzung zur Durchführung eines Tierversuchs. Für uns ist überdies wichtig, dass die Unabhängigkeit der Prüfbehörden gewahrt bleibt und dass genehmigte Versuchsvorhaben mit regelmäßigen und unangekündigten Kontrollen begleitet werden.

Linke:

Unsere Positionen dazu sind klar. Wir fordern:

- die Erarbeitung eines Handbuchs für Genehmigungsbehörden mit einheitlichen Kriterien für die Zulassung von Tierversuchen unter Beteiligung von Forschungs-, Medizin- und Tierschutzorganisationen.
- dass alle Tierversuche ausnahmslos einer Genehmigungspflicht unterzogen werden und dabei eine automatische Genehmigung nach dem Ablauf einer bestimmten Frist (sog. Genehmigungsfiktion) ausgeschlossen wird.
- dass die Genehmigung für einen Tierversuch nur erteilt werden kann, wenn durch die Prüfung der zuständigen Behörde, gegebenenfalls unter Hinzuziehung von Experten, umfassend und unabhängig von der Bewertung des Antragstellers nachgewiesen ist, dass die Voraussetzungen des § 7a Absatz 1 und 2, Nummer 1 bis 3 des Tierschutzgesetzes vorliegen.
- dass das Antragsverfahren für Tierversuche derart neu geregelt wird, dass anzugeben ist, welche Anstrengungen seitens des Antragstellers unternommen wurden, um die wissenschaftliche Fragestellung so zu verändern, dass sie mit Hilfe eines oder mehrerer Verfahren ohne lebende Tiere oder mit deutlich weniger lebenden Tieren oder mit weniger schweren, weniger lang andauernden oder weniger häufigen Schmerzen, Leiden und Schäden beantwortet werden kann und welche Methoden zur Verbesserung des Wohlergehens der Tiere bei der Vorbereitung und Durchführung des Tierversuchs und in der Zeit nach dessen Beendigung angewendet werden.

4. Um Tierversuche für Regulatorische Sicherheitstests beenden zu können, müssen etliche Tests entwickelt und anerkannt werden (Langzeit-, Inhalations-, Reproduktions- und Entwicklungstoxizität). Dazu sind spezielle Förderprogramme nötig. Wird Ihre Partei diese auflegen?

Grüne:

Ja. Wir GRÜNE wollen Investitionen in tierfreie Innovationen sowie die Weiterentwicklung von verbesserten Medikamenten- und Sicherheitsprüfungen fördern und die Zulassung tierversuchsfreier Verfahren beschleunigen. Insgesamt streben wir die weitere konsequente Reduktion von Tierversuchen in der Wissenschaft an und wollen sie mit einer klaren Ausstiegsstrategie und innovativen Forschungsmethoden schnellstmöglich ersetzen.

SPD:

Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der der Fortschritt nicht auf dem Leid von Lebewesen basiert. Wir Sozialdemokrat*innen wollen daher Tierversuche durch innovativste wissenschaftliche Alternativverfahren ersetzen und somit den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig stärken. In unserem Zukunftsprogramm (vgl. S. 21) sprechen wir uns daher für die Aufsetzung einer Gesamtplanung aus, die Wege für einen perspektivischen Ausstieg aus Tierversuchen aufzeigt. Zugleich wollen wir die Entwicklung von tierversuchsfreien Verfahren noch stärker fördern. Bereits auf den Weg gebracht haben wir den Aufbau einer nationalen Translationsplattform für tierversuchsfreie Alternativmethoden. Diese soll in naher Zukunft dabei helfen, Tierversuche dort zu ersetzen, wo dies möglich ist und tierversuchsfreie Alternativmethoden weiterentwickeln.

Linke:

Im Antrag „Tierversuchsfreie Forschungsmethoden fördern – Den verbindlichen Ausstieg aus dem Tierversuch schaffen“ (Bundestagsdrucksache 19/29275) der Bundestagsfraktion DIE LINKE, wird unter anderem gefordert, die Fördergelder des Bundes für Institutionen, an denen tierexperimentelle Forschung betrieben wird, mit der Auflage zu verbinden, zunehmend tierfreie Ersatzmethoden anzuwenden, die tierexperimentelle Forschung zu reduzieren und über beides einen Nachweis zu erbringen sowie die Erforschung und Anwendung von Alternativmethoden zum Tierversuch stärker zu fördern. Auch in der kommenden Legislaturperiode wird die Linksfraktion hier weiter Druck machen.

5. Eine Reduzierung des Fleischkonsums um 48 Prozent könnte insgesamt 7,3 Mio. t CO2 einsparen, deswegen wird dies von führenden Wissenschaftlern und Gremien empfohlen. Was plant Ihre Partei, um den Konsum von tierischen Produkten zu reduzieren und welches Reduktionsziel verfolgt sie?

Grüne:

Wir wollen, dass sich die Ernährungspolitik an den Pariser Klimaschutzziele ausrichtet. Klimaschutz heißt auch, dass wir als Gesellschaft weniger tierische Produkte produzieren und konsumieren werden. Zum einen setzen wir auf der Produktionsseite an, indem wir die industrielle Massentierhaltung beenden, siehe auch Frage 6. Eine Reduktion des Fleischkonsums ist auch aus gesundheitlicher Sicht geboten; eine Umsetzung der Ernährungsempfehlungen würde eine Halbierung des Fleischkonsums bedeuten. Daher wollen wir GRÜNE vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle Menschen machen.

SPD:

Wir setzen hierbei auf die Einhaltung der Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in der Kita- und Schulverpflegung, die einen geringeren Fleischkonsum empfiehlt als die derzeitigen Speisepläne vorsehen. Eine Halbierung des Fleischkonsums schützt Klima und Gesundheit! Zudem wollen wir die Menschen mit Bildungs- und Informationskampagnen zum Zusammenhang ihrer Ernährung mit dem Klimawandel aufklären. Im Wahlprogramm haben wir die Entwicklung eines einheitlichen Nachhaltigkeitslabels angekündigt, das könnte Verbraucher*innen den Griff zur pflanzlichen Alternative erleichtern. Aber auch der Zugang zu veganen und vegetarischen Produkten muss erleichtert werden, z.B. durch ein erweitertes Angebot in der Gemeinschaftsverpflegung.

Linke:

DIE LINKE setzt sich für eine (freiwillige) Reduzierung des Fleischkonsums um mindestens ein Viertel bis 2030 ein. Das ist gesünder und reduziert Treibhausgasemissionen. Dazu braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, der auch die Lebensmittelkonzerne in die Verantwortung nimmt. Die Verbraucher*innen sollen durch positive Anreize dazu motiviert werden, weniger, aber dafür hochwertigere tierische Produkte zu konsumieren. Dafür bedarf es eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes auf allen Ebenen: Werbung, Aufklärung und klimafreundlichere Standards beim Nahrungsmittelangebot. Alle Menschen müssen sich gute Produkte leisten können. Dafür müssen Mindestlohn und Sozialleistungen ebenso erhöht wie Gewinne entlang der Lieferkette fair verteilt werden. Dann können Lebensmittel mit höheren Standards bezahlbar bleiben. DIE LINKE strebt zudem eine an die Fläche gebundene, auf die einheimische, reduzierte Nachfrage orientierte und tiergerechte Tierhaltung an, um Nährstoffkreisläufe zu schließen.

6) Zur Erreichung der Klimaziele ist neben der Transformation der Landwirtschaft die Auflage einer Strategie für tier- und klimafreundliche, insbesondere pflanzliche, Ernährungsformen nötig. Was plant Ihre Partei?

Grüne:

Umsteuern ist in der landwirtschaftlichen Produktion, aber auch bei unseren Essgewohnheiten unausweichlich. Wir GRÜNE setzen uns für eine umfassende Ernährungsstrategie ein, mit dem Ziel, gesunde und ökologisch wertvolle Lebensmittel für alle leicht zugänglich zu machen. Vegetarisches und veganes Essen soll zum täglichen Angebot in öffentlichen Kantinen gehören. Gerade die Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen soll hier eine Vorreiterfunktion einnehmen. Hier würde auch die von uns geforderte Anwendung der DGE-Ernährungsstandards zu weniger Fleischkonsum sorgen. Die Markteinführung von pflanzlichen Alternativen und Fleischersatzprodukten wollen wir fördern und sie steuerlich besser stellen. So sollen pflanzliche Milchalternativen mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz verkauft werden. Zur einheitlichen Kennzeichnung von vegetarischen und veganen Lebensmitteln brauchen wir eine EU-weite rechtsverbindliche Definition von „vegetarisch“ und „vegan“.

SPD:

Siehe Frage 4, in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung, die auch die Kantinen in den Bundesbehörden einschließt, sollen mehr vegetarische Gerichte angeboten werden, um eine Ernährungsumstellung auf freiwilliger Basis zu erleichtern. Ein vegetarisches Gericht im Speiseplan sollte in der Regel günstiger angeboten werden als ein Fleischgericht. Einen weiteren wichtigen Beitrag zum Klimaschutz soll eine konsequentere Vermeidung der Lebensmittelverschwendung leisten. Hierzu haben wir einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, siehe <https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-lebensmittelverschwendung-auf-allen-ebenen-bekaempfen-20200505.pdf>

Linke:

Als wichtigste Maßnahme für eine nachhaltigere Ernährung in Deutschland fordert DIE LINKE seit langem eine gesunde und nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung sowie eine kostenlose Kita- und Schulverpflegung, die auf regionale und ökologisch nachhaltige Lebensmittel setzt. Frisches Obst und Gemüse als Hauptbestandteil nachhaltiger Ernährung müssen für alle erschwinglich sein. Deshalb fordern wir eine auf null reduzierte Mehrwertsteuer auf diese Produkte. Vegetarische Essensangebote sollen der Standard in allen öffentlichen Einrichtungen werden. Ernährungsbildung funktioniert nur über das tägliche Erleben. Deswegen machen wir uns dafür stark, dass Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene in Schulen und Kitas sowie in örtlichen Land- und Stadtteilinitiativen gemeinsam fleischlos, frisch und gesund kochen und gemeinsam essen.

7. Die Produktion tierischer Produkte verursacht 28 % der globalen Treibhausgasemissionen. Diese bestehen insbesondere aus Lachgas u. Methan aus der Tierhaltung. Wissenschaftler halten den Abbau der Tierbestände für unumgänglich, um die Klimaziele zu erreichen. Was plant Ihre Partei diesbezüglich?

Grüne:

Wir GRÜNE wollen, dass deutlich weniger Tiere gehalten werden als bisher und diesen Tieren ein wesentlich besseres Leben ermöglicht wird. Die Tierhaltung soll so an die Fläche und an Obergrenzen pro Stall gebunden werden, dass eine umwelt- und tiergerechte Bewirtschaftung gewährleistet ist. Die Anforderungen an eine tiergerechte Haltung werden wir verbindlich regeln. Die Verbraucher*innen sollen durch eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung transparent informiert werden. Das hat bei der Eierkennzeichnung zu einer schnellen Auslistung der Eier aus Käfighaltung geführt.

SPD:

Die Tierproduktion muss an die vor Ort vorhandene Fläche geknüpft werden. Unser Ziel ist eine Begrenzung auf zwei Großvieheinheiten je Hektar. Diese Größenordnung belastet die Umwelt nicht. In den Nutztier-Hot-Spots müssen so automatisch die Tierbestände reduziert werden.

Linke:

DIE LINKE strebt eine an die Fläche gebundene, auf die einheimische Nachfrage bezogene und tiergerechte Tierhaltung an, um Nährstoffkreisläufe zu schließen. Wir halten eine Bemessungsgröße von 1,5 Großvieheinheiten pro Hektar für notwendig. Dazu sollen Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte eingeführt werden. Zudem setzen wir uns für ein sozial gestaltetes Umbauprogramm ein, das den landwirtschaftlichen Betrieben den Aus- oder Umstieg finanziert statt einer quasi-Enteignung über den Markt. Dazu gehören auch Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme. In den Niederlanden gibt es dazu bereits gute Ansätze, die als Grundlage für erste Überlegungen in Deutschland dienen können. Die bisher profitierenden Konzerne müssen an den Umbaukosten angemessen beteiligt werden.

8. Um Klimawandel, Artensterben und Zerstörung der Ökosysteme zu begegnen, müssen die Agrarsubventionen von der ersten Säule in die zweite Säule zugunsten von Tier-, Natur- und Klimaschutz umgeschichtet und ein Ausbau des ökologischen Landbaus verfolgt werden. Welche Maßnahmen u. Ziele plant Partei?

Grüne:

Wir wollen die Milliarden an öffentlichen Agrargeldern der EU künftig konsequent an öffentliche Leistungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz binden. Bereits jetzt wollen wir die nationalen Spielräume für die bevorstehende Förderperiode bestmöglich für diese Ziele zu nutzen. Wir GRÜNE wollen zudem den Ökolandbau umfangreich fördern und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass künftig immer mehr Bäuer*innen und Lebensmittelhersteller*innen umstellen. Nächste Ziel dabei sind 30 Prozent Ökolandbau bis 2030.

SPD:

Wir haben bereits in den aktuellen Verhandlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU eine Erhöhung der Umschichtung auf 8 % ab 2022 durchgesetzt. Diese steigt bis 2026 auf 15 %. Die Umschichtung in die Zweite Säule muss in den kommenden Jahren weiter erhöht werden. Den Ausbau des ökologischen Landbaus haben wir mit Nachdruck gefordert. Ergebnis ist die Reform des Ökolandbaugesetzes, mit der die Verwaltungsabläufe insbesondere bei den Ökokontrollen deutlich gestrafft werden. Der weitere Ausbau des Ökolandbaus wird uns aber nur gelingen, wenn wir es schaffen, neben aller Förderung auch gezielt die Nachfrage zu steigern. Die Bäuerinnen und Bauern brauchen angemessene Preise für ihre Produkte. Ein Schlüssel ist die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung. Hier wollen wir den Anteil regionaler und ökologischer Lebensmittel deutlich steigern. Profitieren werden nicht nur Natur und Landwirtschaft vor Ort, sondern die gesamte Gesellschaft. Gesundes Essen ist eine soziale Aufgabe und muss uns die finanzielle Unterstützung wert sein.

Linke:

Mehr Tier-, Natur- und Klimaschutzmaßnahmen sind wichtig, aber die Umschichtung von der I. in die II. Säule sieht DIE LINKE ambivalent, weil besonders wichtige Maßnahmen verpflichtend umgesetzt werden müssen und 30 Prozent der Gelder in der II. Säule nicht direkt für die Maßnahmen zur Verfügung stehen. Stattdessen setzt sich DIE LINKE für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein, damit öffentliches Geld konsequent an Umwelt- und Sozialkriterien sowie an Klima- und Tierschutz gebunden werden. Nur Betriebe, die diese Vorgaben umsetzen, sollen Direktzahlungen erhalten – egal ob groß oder klein, ökologisch oder konventionell. Landwirtschaftsfremde Investoren wollen wir hingegen ausschließen. Den Ökolandbau will DIE LINKE auf mindestens 25 Prozent der Agrarfläche bis 2030 ausbauen.